

Frauendorf. Den „sogenannten Wirtschaftsliberalismus“ könne sie „nicht mehr ertragen“.

Der zählt aber etwas – gerade im Osten. Auch in den neuen Ländern mutieren die Freidemokraten zur Wirtschaftspartei – nicht so sehr aus Überzeugung denn aus Anpassung. Viele, die nach der Einheit neu zur FDP stießen, haben inzwischen aufgesteckt.

In den Spitzenpositionen machen sich geübte Blockflöten breit. Denen geht es nicht um Inhalte, sondern um Karrieren. „Früher waren die Honecker-treu, jetzt sind sie Kohl-treu“, spottet ein führender Ost-Liberaler. „Mit der FDP als Partei des Rechtsstaates können die nichts anfangen.“

Als der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Peter Kunert, im Frühsommer eine Öffnung zu Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen anbahnen wollte, wurde er abgestraft. Kunert zog sich auf seinen Bürgermeister-Posten in Querfurt zurück. Sozial-Liberale wie Bruno Menzel, FDP-Kandidat für den Posten des Vizepräsidenten im Bundestag und einer der Mitbegründer der Ost-FDP nach der Wende, fielen bei ihren Wählern durch.

Ins Bonner Parlament ziehen fünf Liberale ein, die aus der Blockpartei LDPD kommen. Ein reformerischer Anstoß dürfte von solchen Liberalen wie dem sächsischen Landeschef Joachim Günther, als LDPD-Kreissekretär im sächsischen Oelsnitz einst treuer Diener seines Staates DDR, nicht kommen.

„Das ist der Typ des rundgelutschten Funktionärs, der wie ein Automat Sprechblasen ausspuckt“, sagt Stephan Trutschler, bis 1993 Sprecher der sächsischen Landtagsfraktion. Selbst als die FDP bei der Landtagswahl mit 1,7 Prozent der Stimmen auf ein Rekordtief absackte, sei „kein Ruck durch die Partei gegangen. Da passiert überhaupt nichts“.

Auch Hans-Dietrich Genscher sieht, daß die FDP am Wendepunkt angekommen ist. Doch er warnt: „Eine Standortveränderung wäre falsch.“ Die FDP dürfe nicht ihre „Identitätsfelder aufgeben“.

Der Ehrengewaltige erwartet, daß in den Koalitionsverhandlungen deutlich erkennbar wird, „die Regierung besteht aus CDU und FDP“. Und für die „Fortentwicklung“ erhofft er sich „ein paar Signale“.

Kinkel aber mag keine Ratschläge von Genscher, dessen Wende zu Kohl 1982 die Masse der Linkliberalen aus der Partei trieb. Er lästert über „Verwegene – die haben immer leicht argumentieren“. Er trage die „Verantwortung für dieses Land“, da könne er „den Mund nicht vollnehmen“.

Irgendwelche „dollen Signale“, entmutigt der Parteichef seine Freunde, seien von ihm nicht zu erwarten. □

„Auf den Wechsel hinarbeiten“

SPD-Chef Rudolf Scharping über die Strategie der Opposition



FOTOS: M. DARCHINGER

Oppositionsführer Scharping: „Wenn es darauf ankommt, werde ich mithalten“

SPIEGEL: Herr Scharping, Sie bezweifeln, daß Kohl und Kinkel mit ihrer knappen Mehrheit eine stabile Regierung bilden können. Wenn es Kohl bei der Kanzlerwahl im ersten Anlauf nicht schafft, treten Sie dann gegen ihn an?

Scharping: Nein. Mich interessiert zu diesem Zeitpunkt der erste Wahlgang. Da muß nicht die SPD, sondern die Koalition eine Kanzlermehrheit auf die Beine bringen.

SPIEGEL: Warum so zurückhaltend?

Scharping: Jedenfalls müßten wir in einer solchen Situation genau überlegen, ob wir denen mit meiner Gegenkandidatur helfen würden, ihre Reihen doch noch zu schließen. Und ich habe auch nicht die Absicht, eine Pseudo-Koalition der Opposition vorzuführen.

SPIEGEL: Angst vor PDS-Stimmen für Rudolf Scharping?

Scharping: Ich will von vornherein klar machen, daß es in der Opposition keine Koalitionen gibt.

SPIEGEL: In der Opposition haben Sie in Joschka Fischer und Gregor Gysi zwei begnadete Entertainer zu Konkurrenten. Geht es Ihnen zukünftig so: Es spricht der Abgeordnete Scharping, und das Plenum leert sich?

Scharping: Nein, mir ist dieser Effekt bis heute nicht begegnet, es wird ihn auch zukünftig nicht geben. Den beiden genannten Herren will ich das Talent für Show und effektvolle Inszenierung nicht bestreiten. Wenn es darauf ankommt, werde ich mithalten.

SPIEGEL: Sie rechnen mit einer Mehrheit für Kohl. Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine ist da nicht so sicher und will erst nach der Kanzlerwahl entscheiden, ob er sein Bundestagsmandat zurückgibt.

Scharping: Das sehe ich nüchtern. Die SPD kann auf dreierlei Weise in Regierungsverantwortung gelangen: durch eine Ampel, durch eine Große Koalition oder durch Neuwahlen. Nichts davon ist jetzt angesagt. Das kann sich ändern. Würde ich kandidieren, könnte ich nach Lage der Dinge nur auf die

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Olaf Petersen und Klaus Wirtgen.

Stimmen von SPD und Grünen setzen . . .

SPIEGEL: . . . und auf die der PDS.

Scharping: Die interessieren mich nicht. Und die Stimmen von SPD und Grünen reichen bekanntlich nicht. Ein falsches Symbol zur falschen Zeit bringt politisch wenig.

SPIEGEL: Was ist ein richtiges Symbol?

Scharping: Beispielsweise eigene Initiativen der SPD zur Stärkung der weiterhin labilen konjunkturellen Entwicklung und zugleich zur Stärkung des inneren Friedens wie einheitliches Kindergeld, Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Mit Blick auf den Osten Deutschlands wollen wir strafrechtliche Elemente aus dem Rentenrecht tilgen – das sind die gekürzten Ruhegelder für zivile und uniformierte Staatsdiener der DDR. Und wir wollen den Nutzern von Wohnungen und Grundstücken Vorrang vor den Ansprüchen alter Eigentümer einräumen.

SPIEGEL: Das heißt „Weiter so“ wie im Wahlkampf – was bekanntlich nicht den großen Erfolg gebracht hat.

Scharping: Den Kanzlerwechsel haben wir jetzt nicht geschafft, wohl aber eine sehr gute strategische Position für die Sozialdemokraten. Dem steht ein Kanzler gegenüber, der die eigene Götterdämmerung eingeläutet hat. Das alles spricht für Konzentration auf konsequente Oppositionsarbeit. Wir können auf den Wechsel hinarbeiten, ihn aber nicht aus dem Stand und allein herbeiführen.

SPIEGEL: Sie haben schon Krach mit den Genossen in der Provinz. Harald Ringstorff, eindeutig nur zweiter der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, schließt weiterhin nicht aus, mit Hilfe der PDS Ministerpräsident zu werden. Er will seine Chance sondieren.



„Die besondere Rolle von Lafontaine und Schröder steht außer Zweifel“

Scharping: Harald Ringstorff führt seine Gespräche und versucht, was das Wahlergebnis ihm aufträgt, nämlich eine substantielle Änderung der Politik zu erreichen.

SPIEGEL: Also doch mit der PDS?

Scharping: Trotz aller Verleumdungskampagnen, die dort von der CDU im Wahlkampf gegen uns inszeniert wurden, bleibt unterm Strich: Es wird keine Zusammenarbeit mit der PDS geben, folglich auch keinen SPD-Ministerpräsidenten, der mit den Stimmen der PDS gewählt wird.

SPIEGEL: Also eine Große Koalition mit einem CDU-Ministerpräsidenten?

Scharping: Ich höre, daß in Schwerin auch über eine „israelische Lösung“ geredet wird: Man teilt sich die Amtszeit in der Staatskanzlei. Für eine Große Koalition sind viele Voraussetzungen zu klären: Welchen Stellenwert hat die SPD in der Regierung? Wie sehen die landespolitischen Vereinbarungen aus? Wie verhält sich das Land im Bundesrat?

SPIEGEL: Würden die Chancen auf einen Machtwechsel in Bonn geschmälert, wenn die SPD in Schwerin an der Seite oder mit Duldung der PDS regierte?

Scharping: Hier geht es um das politische Selbstverständnis der SPD und um

die Chancen für Reformpolitik. Die PDS ist das parteipolitische Symbol für die noch andauernde Spaltung in Deutschland. Die SPD, die in ihrem Grundsatzprogramm vom demokratischen Sozialismus als gelebte soziale Demokratie spricht, kann nicht eine Partei neben sich dulden, die unter dem gleichen Zeichen Etikettenschwindel betreibt und eine völlig andere Politik verfolgt.

SPIEGEL: Es geht doch nicht ums Dulden. Die SPD will die Wähler der PDS gewinnen, aber die machen nicht mit. So ging es Ihrer Partei vor 15 Jahren mit den Grünen schon einmal.



„Scheitert die Regierung, verbietet sich eine Große Koalition“

Scharping: Damals hat die SPD Fehler gemacht, unter denen sie heute noch leidet. Das eine Mal reicht. Wir werden offensiver auf die Wähler zugehen . . .

SPIEGEL: . . . auch auf die Mitglieder?

Scharping: Auch auf Mitglieder. Wer sich zu den Zielen der Sozialdemokratie bekennt, den werden wir nicht fragen, in welcher Partei er vorher war und was er vorher politisch gedacht hat. Interessant ist ja vor allem, was ein Mensch heute denkt.

SPIEGEL: Egon Bahr erinnert in diesem SPIEGEL an das Wort Kurt Schumachers, bei der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED hätten die Sozialdemokraten als Blutspender für die Kommunisten dienen müssen. Nun will Bahr das gespendete Blut zurück und empfiehlt Öffnung der SPD für ehemalige SED-Mitglieder.

Scharping: Wer seine Auffassung glaubwürdig ändert, ist willkommen. So stand es bereits im Gründungsauftrag der Sozialdemokraten in der DDR vom 7. Oktober 1989. Das ist leider in der Praxis etwas untergegangen. Insoweit sagt Egon Bahr nichts Neues.

SPIEGEL: Bahr sagt: Wenn die SPD jegliche Kooperation mit der PDS ablehnte, verweigere sie sich einer demokratisch gewählten Partei, der auch viele angehören, die keine Kommunisten sind.

Scharping: Egon Bahr ist mit Sicherheit ein glänzender Analytiker zwischenstaatlicher Verhältnisse. Aber er denkt hier und da in bezug auf gesellschaftliche Prozesse zu sehr in etatistischen Kategorien. Im übrigen warne ich davor, diese Partei zum Dreh- und Angelpunkt zu machen. Das ist sie nicht – und das wird sie nicht. Der Respekt vor den einzelnen Menschen und ihren Anliegen ist entschei-

dend. Und anders als die kommunistische Partei Ungarns beispielsweise hat sich hier die SED nur umbenannt und die politische oder finanzielle Hinterlassenschaft der SED erhalten wollen. Da sind andere wie in Ungarn den ehrlichen Weg gegangen.

SPIEGEL: Bahr vergleicht die integrative Wirkung, die von einem unbefangenen Umgang mit der PDS ausginge, mit Adenauers Aussöhnung mit den Mitläufern der NSDAP. Die habe ihr „äußeres Symbol“ in der Berufung Hans Globkes zum Staatssekretär im Kanzleramt gefunden. Bahr hält das „heute für eine der großen staatsmännischen Leistungen Adenauers“.

Scharping: Scharfer Widerspruch schon bei der Formulierung „Aussöhnung“. Bei allem Respekt für Egon Bahr: Der Kommentator der Nürnberger Rassen-gesetze hätte nie im Bundeskanzleramt sitzen dürfen.

SPIEGEL: Können Leute, die Bahrs Position teilen, in der SPD bleiben?

Scharping: Natürlich. Wir sind keine Partei der Denkverbote.

SPIEGEL: Herr Scharping, die SPD muß sich jetzt in der Opposition um Profilierung gegen zwei linke Parteien bemühen, die allemal die schärfsten Akzente setzen werden.

Scharping: Schärfer heißt ja noch lange nicht besser. Wir haben eine klare Linie und keine Veranlassung, unser Verhalten an anderen Parteien – auch nicht an anderen Oppositionsparteien – zu orientieren. Und was heißt da schon „links“. Die Grünen sehe ich auf dem Weg, das „Egoliberale“ – mehr ist von der FDP ja nicht übriggeblieben – durch das Ökoliberale zu ersetzen. Die PDS ist für mich schon gar keine linke Partei. Mit diesem Begriff verbinde ich Toleranz und Humanität. Aber was die PDS beispielsweise im Wahlkampf im Osten Berlins an psychischem und auch physischem Terror ausgeübt hat, das hat sehr an die alten, ja nun wirklich nicht „linken“ SED-Zeiten erinnert.

SPIEGEL: Wie soll die SPD ihre programmatische Identität schärfen: als soziale und ökologische Mahnerin in einer Großen Koalition? Oder in einer Ampel als doppeltes Korrektiv gegen Grüne und FDP?

Scharping: Weder noch. Die SPD verknüpft soziale, ökologische und ökonomische Ziele am besten. Aber Koalitionsdebatten will ich auch im nachhinein nicht führen.

SPIEGEL: Haben Sie denn keine Prioritäten?

Scharping: Doch. Der Abstand zwischen der Koalition einerseits, SPD und Grünen andererseits beträgt nur 4,7 Prozentpunkte – das ist bei der nächsten Wahl zu schaffen.

SPIEGEL: Eine Ampel setzt voraus, daß die Liberalen die Union verlassen. Würden Sie in diesem Fall zur Ampel aufrufen oder die FDP hängenlassen und eine Große Koalition bilden?

Scharping: Lassen Sie doch mögliche Neuwahlen nicht außer acht. Wenn die Regierung beispielsweise im Jahr vor regulären Wahlen scheitert, verbietet sich eine Große Koalition fast automatisch.

SPIEGEL: Wird diese Legislaturperiode bruchlos oder vorzeitig zu Ende gehen?

Scharping: Sie wird schon deshalb nicht normal zu Ende gehen, weil Helmut Kohl vorher aus dem Amt scheiden wird und weil die FDP ihre Position neu be-

im Bundesrat das Machtzentrum der SPD.

Scharping: Für die Verhinderung von unsinnigen Vorhaben der Regierung stimmt das. Deshalb werde ich auch die Koordination der SPD-Arbeit in Bundestag und Bundesrat in die Hand nehmen. Im übrigen: Das Machtzentrum der SPD sind die gewählten Gremien.

SPIEGEL: Vor der Wahl las sich das anders: Da erweckten Sie den Eindruck, die Troika Scharping, Lafontaine, Schröder bestimme, wo es langgeht.

Scharping: Niemand hindert uns daran – und ich wünsche es ausdrücklich –, daß die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auch im Bundestag unsere Positionen aktiv vertreten. Die besondere Rolle von Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder steht außer Zweifel.



Machtgelüste in Schwerin

Süddeutsche Zeitung

stimmt. Die FDP muß sich entscheiden, ob sie eine egoliberale Partei bleiben will, völlig einseitig und nur auf Besitz orientiert. Oder ob sie ihre liberalen Tugenden wiederbelebt . . .

SPIEGEL: . . . und für die SPD als Koalitionspartner wieder akzeptabel wird?

Scharping: Mit der FDP in ihrem derzeitigen Zustand ist das jedenfalls unmöglich.

SPIEGEL: Herr Scharping, Sie führen jetzt Partei und Fraktion. Wo liegt das Machtzentrum der SPD?

Scharping: Das Zentrum der politischen Auseinandersetzung wird der Deutsche Bundestag. Die SPD als Partei wird ihr Verhalten in Gemeinden, Ländern und im Bund so koordinieren, daß ihre ganze Kraft als Reformpartei spürbar wird.

SPIEGEL: Ihre Ko-Troikaner Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder sehen

SPIEGEL: An wen adressiert der Oppositionsführer seine Attacken, an den – wie Sie meinen – vorzeitig abtretenden Kanzler Kohl oder an seinen eventuellen Nachfolger Wolfgang Schäuble?

Scharping: Der Widerpart ist der Kanzler, wer sonst.

SPIEGEL: Der Kanzler hat ja in der Wahlnacht bereits Freundlichkeiten mit Ihnen ausgetauscht, und Sie haben sich Rotwein für gemeinsame Plaudereien erbeten.

Scharping: Wenn der Bundeskanzler das Bedürfnis hat, mit dem Oppositionsführer zu reden, dann werden wir reden. Aber sollte Kohl meinen, wir stünden als stiller Teilhaber einer heimlichen Großen Koalition bereit, dann kann er sich das gleich wieder abschminken.

SPIEGEL: Herr Scharping, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □